Nummer 247 Halle, Sonnabend, den 20. Oktober 1923 58. Jahrgang
Straßenverkauf: 150 Millionen.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ✦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis ist freibleibend. Postbezugspreis: Grundzahl 700000 Mk. mal Schlüsselzahl (z. Zt. 3502). Bezugskündigungen sind stets nur bis Freitags für die kommende Woche zulässig. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Preise sind freibleibend. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung. Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Berlin – München – Dresden.

Konflikt zwischen Reich und Bayern.

v. Seeckt gegen v. Lossow.

Man einer Stelle, die der Reichsregierung nahesteht, wurde heute nacht über den Verlauf der Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich folgende Darstellung gegeben:

Der „Völkische Beobachter" hatte einen Artikel gebracht, der einige den General von Seeckt schwer verletzende Aeußerungen enthielt. Herr von Kahr wurde darauf von Berlin aus ersucht, das Blatt zu verbieten, begnügte sich aber zunächst mit einer Verwarnung. Nun erteilte der Reichswehrminister den Befehl an General von Lossow, den „Völkischen Beobachter" zu verbieten und die Anordnung nötigenfalls mit Gewalt durchzuführen. Hierauf hat General von Lossow in einem offenen Telegramm geantwortet, daß er den Befehl nicht ausführen könne, da ihn das in Konflikt mit der bayerischen Regierung bringen würde, und daß er auch in Zukunft nur solche Befehle ausführen könne, die nicht derartige Konflikte hervorrufen. Der Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, der dieses Telegramm — ein angeblindigter schriftlicher Bericht traf erst nach fünf Tagen ein — als Gehorsamsverweigerung auffaßte, forderte den General von Lossow schriftlich auf, seinen

Abschied einzureichen.

Der bayerische General erwiderte jedoch, er gedenke nicht, diese Konsequenz zu ziehen, sondern habe die Angelegenheit der bayerischen Regierung vorgelegt. Diese erklärte der Reichsregierung, daß sie den Fall nicht als einen militärischen, sondern als einen politischen ansehe. Die Reichsregierung wollte versuchen, die Angelegenheit dadurch ohne Konflikt aus der Welt zu schaffen, daß General von Lossow bewogen würde, doch noch von sich aus seinen Rücktritt zu erklären. Der Reichswehrminister Dr. Geßler begab sich deshalb nach Augsburg und hatte dort eine Unterredung mit dem bayerischen General Kreß von Kressenstein, der die Vermittlung übernehmen sollte und sich auch bereit erklärte, dem General von Lossow zur Einreichung seines Abschieds zuzureden. In dieser Unterredung erwähnte Minister Geßler auch einen ihm aus Bayern zugegangenen Brief, worin gesagt war, daß der Reichsregierung nur zweierlei übrig bleibe: der vollkommene

Rückzug oder der vollkommene Bruch mit Bayern.

Dr. Geßler hat hierzu dem General von Kreß gegenüber bemerkt, man solle doch nicht so leichthin von einem vollkommenen Bruch zwischen Bayern und dem Reich sprechen, denn ein solcher Konflikt würde auch die schwersten Konsequenzen für Bayern haben. General von Kreß, der es übernommen hatte, den General von Lossow zu einer Aussprache mit dem Reichswehrminister in Augsburg zu bewegen, telephonierte von München aus, Herr von Lossow lehne dies ab, habe vielmehr den ganzen Inhalt der Unterredung zwischen Geßler und von Kreß dem Staatskommissar von Kahr und Ministerpräsidenten von Knilling mitgeteilt. General von Kreß will aus dem Vorfall die Konsequenz ziehen, daß er seinen Abschied aus der bayerischen Armee nimmt. Die bayerische Regierung glaubte aus den ihr durch General von Lossow zugegangenen Mitteilungen folgern zu sollen, daß die Reichsregierung beschlossen habe,

gegen Bayern in schärfster Form vorzugehen.

Der Reichskanzler hat dem bayerischen Gesandten von Preger gegenüber diese Auffassung entschieden als unrichtig erklärt und mitgeteilt, daß das Reichskabinett überhaupt noch nicht Stellung zu dem ganzen Vorfall genommen habe. Trotzdem hat am Freitag die bayerische Regierung durch ihren Gesandten dem Reichskanzler mitteilen lassen, daß sie kein Vertrauen mehr zu dem Reichswehrminister Dr. Geßler habe und die dienstlichen Beziehungen zu ihm abbreche. Die Reichsregierung gedenkt aus dieser Erklärung keine Konsequenzen zu ziehen, sondern will die weitere Entwicklung abwarten. Was den militärischen Personalfall des Generals von Lossow betrifft, so soll heute die Entscheidung der maßgebenden Stelle erfolgen.

*

Aus einem blöden Zeitungsartikel, aus formalen Verstößen und Kompetenzstreitigkeiten entsteht ein Streit, der Deutschlands Widerstandskraft lähmt und das Reich vor der Welt aufs ärgste blamiert. Da erst die Einzeldarstellung der einen Seite vorliegt, müssen wir uns darauf beschränken, sie als solche wiederzugeben; ein gründlicheres Urteil wird erst möglich sein, wenn auch aus München ausführliche Mitteilungen eintreffen. Ein paar kurze Bemerkungen seien trotzdem schon jetzt angefügt: Sehr wesentlich für die Beurteilung wird der Wortlaut des Telegramms sein, das General von Lossow nach Berlin gesandt hat. Ein General, der eine so eminent wichtige und so heikle politische Aufgabe hat wie der Wehrkreiskommandeur in Bayern, muß selbstverständlich das Recht haben, auf die Unmöglichkeit der Durchführung von Befehlen hinzuweisen, zumal wenn diese um einer verhältnismäßig kleinen und mehr persönlichen Angelegenheit willen die Beziehungen zwischen dem Reich und dem Lande bedrohen. Mögen nachher auch von dem General von Lossow Schritte getan worden sein, die nach den bisherigen Mitteilungen nicht zu billigen sind, so muß doch bei der Untersuchung der Schuldfrage das Schwergewicht auf den Punkt gelegt werden: war es nötig, den Vorfall mit dem „Völkischen Beobachter" gleich so auf die Spitze zu treiben, daß ein militärischer und ein politischer Konflikt daraus entstehen mußte?

* * *

Roßbach in München.

München, 20. Oktober. In einer von der Abteilung Roßbach der nationalsozialistischen Partei abgehaltenen Feier im Löwenbräukeller wandte sich Oberleutnant Roßbach in einer kurzen Ansprache an den Kampfgeist der Jugend und führte u. a. aus: Das ganze Reich wartet heute auf York. Daß er von Norden kommt, dafür fehlen die Voraussetzungen. Im weiteren Verlaufe ergriffen noch mehrere Persönlichkeiten das Wort, darunter Hitler.

München, 19. Oktober. Der Generalstaatskommissar ordnete mit sofortiger Wirksamkeit für das rechtsrheinische Bayern an, daß jeder Landwirt, der Herbstkartoffeln angebaut hat, verpflichtet ist, bis zum 17. November 30 Prozent seiner gesamten Kartoffelernte an Verbraucher oder zum Kartoffelhandel zugelassene Personen in Bayern abzugeben, widrigenfalls Enteignung erfolge. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis und Geldbußen bestraft.

* * *

„Eine Komödie der Irrungen."

Lenti Herr Zeigner ein?

Dresden, 20. Oktober. Nach Wiederaufnahme der Landtagssitzung wurde einstimmig beschlossen, die kommunistische Anfrage heute noch auf die Tagesordnung zu setzen und zu behandeln, sobald der Ministerpräsident anwesend sein würde. Im Laufe der Sitzung erschien Ministerpräsident Dr. Zeigner und gab eine längere Erklärung ab, in der er

die gestrigen Vorgänge als eine Komödie der Irrungen und Wirrungen bezeichnete. Der Ministerpräsident führte aus, daß ihm weder bei der Verlesung des Briefes des Wehrkreiskommandeurs, noch bei der Abgabe der Regierungserklärung am Mittwoch abend bewußt gewesen sei, daß die Reichsregierung hinter dem Schreiben des Generals Müller stehe. Ihm sei mitgeteilt worden, daß das Wehrkreiskommando sich mit Berlin nur über den prinzipiellen Inhalt des Briefes verständigt habe, also darüber, ob die sächsische Regierung zu einer Stellungnahme zur Note des Ministers Böttcher veranlaßt werden solle.

Soweit er es gestern abend habe feststellen können, wären die weiteren Einzelheiten und insbesondere die Formulierung des Schreibens in Berlin nicht bekannt gewesen. Er sei auch jetzt noch nicht in der Lage, zu sagen, inwieweit die Kenntnis des Reichspräsidenten und der Reichsregierung vom Inhalt jenes Schreibens tatsächlich gehe. Es liege nicht der geringste Anhalt dafür vor, daß sozusagen von einigen Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion ein Komplott gegen die Regierung geschmiedet gewesen sei. Hierauf gab Abg. Wirth (Soz.) eine Erklärung ab, in der er sagte, die Beschuldigungen und Verdächtigungen gegen einzelne Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion, insbesondere den Abg. Bethge, seien völlig unbegründet. Die sozialdemokratische Fraktion protestiere mit aller Entschiedenheit gegen ein Vorgehen, das nach außen hin als eine Schwächung der Regierungskoalition angesehen werden könne. Abg. Seyfert (Demokrat) meinte, der Ministerpräsident sei mit einer gewissen Leichtfertigkeit über diese wichtigen Dinge hinweggegangen. Nach einem Schlußwort des Abg. Schneller wurde der Gegenstand verlassen und in der Erledigung der Tagesordnung fortgefahren.

*

Einmarsch ins sächsische Terrorgebiet.

Zustimmung des Zivilkommissars.

Dresden, 20. Oktober. Der kommunistische Terror in den militärisch nicht besetzten Industriegebieten Sachsens hat einen solchen Umfang angenommen, daß es ausgeschlossen erschien, diese sich über alle Gesetze hinwegsetzende Nebenregierung allein mit den in Sachsen zur Verfügung stehenden Machtmitteln zu beseitigen. Es werden daher in diesen Tagen starke militärische Verstärkungen nach Sachsen entsandt werden, um in dem Terrorgebiet die öffentliche Sicherheit und Ordnung wieder herzustellen. Dieser Schritt geschieht, wie wir hören, in vollem Einvernehmen mit dem Zivilkommissar Meier-Zwickau und mit dem Reichsinnenminister Sollmann. Es ist zu erwarten daß schon in der nächsten Woche die Ruhe in Sachsen wiederhergestellt sein wird.

*

Leipzig, 20. Oktober. Der sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner hat an den General Müller einen Brief gerichtet, in dem er seine Bereitwilligkeit zu Verhandlungen über die strittigen Punkte bekannt gibt und erklärt, nicht an die Ausgrabung von Prestigefragen zu denken.

Abbau des Beamtenkörpers.

Verhandlungen über die Arbeitszeit im Finanzministerium.

Berlin, 20. Oktober. Im Reichsfinanzministerium ist soeben ein Entwurf einer Verordnung über den Beamtenabbau fertiggestellt worden, aus dem eine Korrespondenz verschiedene Einzelheiten mitteilt. Danach dürfen Beamte oder Anwärter nicht mehr eingestellt werden. Von der Gesamtzahl der am 1. Oktober 1923 im Dienst befindlichen planmäßigen oder außerplanmäßigen Reichsbeamten müssen mindestens 25 Proz. ausscheiden.

Am Freitag fand im Reichsministerium des Innern eine Besprechung der Vertreter der Reichsregierung mit den Beamtenspitzenorganisationen über die Neuregelung der Arbeitszeit der Beamten statt. Hierbei nahm der Vortragende, Ministerialdirektor Dr. Fald, Gelegenheit, den in der Beamtenschaft umlaufenden Gerüchten über den Inhalt der Beamtenabbauverordnung entgegenzutreten. Er wies darauf hin, daß diese Verordnung im Reichsfinanzministerium ausgearbeitet sei und am kommenden Mittwoch mit den Beamtenorganisationen beprochen würde. Wenn der Inhalt des Entwurfs zurzeit auch noch geheim sei, so halte er sich für verpflichtet, der Behauptung entgegenzutreten, es sollten 50 Prozent der Beamten abgebaut werden. Eine Verringerung des Beamtenkörpers auf die Hälfte habe in seinen Abschnitt der Verhandlungen in Frage gestanden. Der Abbau könne nicht entfernt diese Höhe erreichen. Auch sei das Gerücht, daß die zum Abbau gelangenden planmäßig angestellten Beamten ohne Wartegeld und ohne Ruhegehalt entlassen würden, unzutreffend. Auch ein solcher Gedanke sei zu keiner Zeit erwogen worden. Die Verhandlungen über die Neuregelung der Arbeitszeit wurden auf kommenden Mittwoch vertagt

Politische Bilderbogen.

Von Teurung, Wucherern und „Bonzen".

In allen Straßen und Häusern nur das eine Gesammer: die Teurung, und nur die eine giftige Wut: auf die Wucherer! Statt die Kräfte zusammenzufassen zu dem einzigen, was not tut: zur Arbeit, erhitzt man sich gegenseitig und treibt es so lange, bis einer auf den anderen einhaut und dabei der letzte Rest von Nahrungsmitteln verloren und der letzte Sachwert in Trümmer geht. Und dann? — Erst hat man das Volk mit den Lügen von Freiheit und Gleichheit betrunken gemacht, jetzt hat es den Kater und den Jammer. Aber die Revolutionshelden, die „Freien" und „Gleichen", sitzen als Herren in hohen Aemtern und Würden, und das gläubige Volk, das ihnen als Saumtier auf dem Weg zur Höhe diente, steht hungernd und friert. So hat also die Revolution wie alle früheren geendet. Völker werden zwar alt, aber nicht klug, und unser Volk läßt sich weiter mißbrauchen und hört auf die Hetzer, statt endlich nüchtern zu werden.

*

Ich habe nüchtern geprüft, was Wahres daran ist an dem Geschrei über den Wucher, und fand: Am 16. Oktober wurde das Schmalz mit etwa 800 Millionen Mark das Pfund verkauft. Schmalz kostete im Großhandel frei Haus rund 36 Dollar je 100 Kilogr. Der Gewichtsverlust im Faß und beim Ausweigen beträgt rund 10 Proz., Umsatzsteuer 2 Proz., Geschäftsunkosten für Löhne, Gehälter, Licht, Miete usw. rund 20 Proz., zusammen 32 Proz. von 36 Dollar gleich 11,52 Dollar. Mithin kostet heute dem Detailhändler das Schmalz rund 47,50 Dollar je 100 Kilogramm. Der amtliche Dollarkurs des 16. Oktober war 4,1 Milliarden Mark (wegen der nur teilweisen amtlichen Zuteilung müßte eigentlich der höhere Freiverkehrskurs zugrunde gelegt werden). Mithin kosteten dem Detailhändler 100 Kilogramm Schmalz 47,5 mal 4,1 gleich 194,75 Milliarden Mark, also das Pfund 973 750 000 Mark. Angenommen, eines der großen Geschäfte hätte am 16. Oktober 1000 Pfund Schmalz verkauft, so hat es bei 800 Millionen Mark Verkaufspreis je Pfund einen Verlust von 173,25 Milliarden Mark an dem einen Tage gehabt. Die 1000 Pfund Schmalz kosteten dem Geschäft 47,50 mal 5 gleich 237,50 Dollar. Für den Erlös von 800 Milliarden konnte es am nächsten Tage (17. Oktober Kurs 5,486) wiederkaufen: 145,826 Dollar, also Verlust: 91,674 Dollar: für die 145,826 Dollar konnte er wiederkaufen 614 Pfund Schmalz, also Verlust: 386 Pfund Schmalz gleich 38,6 Proz. Hat das Geschäft mit dem Wiederverkauf von Dollars nur einen Tag verloren, so konnte es für die 800 Milliarden am 18. Okt. (Kurs 8,16) noch nicht 100 Dollar kaufen, hatte also auf die 1000 Pfund Schmalz einen Verlust von rund 138 Dollar oder 580 Pfund Schmalz. An einem Tage! Kein Wunder, wenn die Schmalzgeschäfte allmählich eingehen. Wucher?

Im September war der Durchschnittsbruttopreis rund 450 Millionen je Tonne. Davon waren Ausgaben für Löhne, Gehälter, Sozialversicherung und Kopfsteuer rund 175 Millionen, dazu Kohlensteuer, Umsatzsteuer, Siedlungsbeitrag usw. rund 130 Millionen, zusammen 305 Millionen. Die Unkosten für Gruben- und sonstige Materialien usw. betrugen rund 100 Millionen zusammen 405 Millionen. Mithin ein Nutzen von rund 45 Millionen gleich 10 Prozent. . . . Wucher? — So sieht die Rechnung wenigstens auf dem Papier aus! Aber jetzt kam die Wirklichkeit, die der Hetzer verschweigt und die Menge nicht kennt. Zwischen Lieferung und Zahlungseingang vergeht eine Reihe von Tagen, und im September betrug die Geldentwertung im Durchschnitt täglich 17 Proz. Statt rund 450 Millionen je Tonne gingen rund 185 Millionen ein. 405 Millionen Ausgaben und 185 Millionen Einnahmen ergibt einen Verlust von 220 Millionen je Tonne Briketts. Aber damit nicht genug. Die eingegangenen Gelder müssen zu den wöchentlichen Lohn- und Gehaltszahlungen aufgestapelt werden, unterlagen also eine weitere Abgabe von Tagen der 17prozentigen Geldentwertung, wodurch der Gesamtverlust je Tonne Briketts auf rund 270 Millionen stieg. . . . Wucher?

*

Der Wucher liegt ganz wo anders. Statt die als Wucherer zu verscheuen, die, sei es als Aktionäre oder Privateigentümer, auf Gewinn verzichten und ihr Vermögen hingeben, um ihren Arbeitern und Angestellten und der Allgemeinheit Arbeit und Nahrung zu geben, soll man die zur Verantwortung ziehen, die immer noch „Erfassung der Sachwerte" schreien, obgleich die Sachwerte längst erfaßt sind und tagtäglich stärker erfaßt werden — und zwar durch den Niedergang der Mark und der Gesamtwirtschaft und durch die freiwillige Fortführung der unrentablen Betriebe —, und die mit ihrem Wucher die Sachwerte, die Allgemeinheit und sich selbst ruinieren: die radikalen Arbeiter und ihre Führer, die „Bonzen". Denn das gleiche Entgelt verlangen und die gleichen oder höheren Ansprüche an die Lebenshaltung stellen, aber kaum halb so viel dafür liefern (der Rückgang des Arbeitsanteils je Mann und Tag gegenüber der Vorkriegszeit beträgt im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau rund 40 Proz.): das ist Wucher. Und den Arbeitern Luftschlösser vortäuschen, um sich bei ihnen beliebt zu machen und dadurch zu Amt und Würden zu kommen: das ist Wucher. Das eine Wucher mit der Arbeitskraft, das andere Wucher mit dem Vertrauen der Arbeiter.

*

Dem Arbeiter wird gesagt, er brauche nicht 10 Stunden zu arbeiten, denn er würde doch immer nur das Existenzminimum verdienen. Wenn er aber doch immer nur das Existenzminimum hat, woza denn 8 statt nur 6, nur 4, nur 2 Stunden, wozu denn überhaupt noch arbeiten? Das Gantz ist ein infamer Betrug. Es ist nicht wahr, daß der deutsche Arbeiter vor dem Kriege nur das Existenzminimum gehabt hätte, denn eine ganze Reihe von Arbeitern hat sich ihr eigenes Häuschen usw. zusammengespart. Und zweitens: Es handelt sich gar nicht um das, was über das Existenzminimum hinausgeht, sondern um das Existenzminimum selber, das bei 10stündiger Arbeitszeit und voller Leistung vor dem Kriege

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19231020019/fragment/page=0001

gesichert war und nach der Niederlage mit mangelhafter Leistung in 8 Stunden nicht zu schaffen ist. Durch Minderleistung die Arbeit und damit alle Erzeugnisse künstlich verteuern, und dann die Schuld an der Teuerung auf die schieben, denen ihr Hab und Gut immer mehr entwertet wird, das ganze Volk in Hunger und Not bringen, um selber in hohe Posten zu gelangen: das ist Revolutionsführerweisheit und Revolutionsführertaktik. Aber die Führer sollen an das Schicksal der römischen „Volksbeglücker", der Gracchen und der französischen Revolutionsgrößen, an Robespierre, Marat, Danton denken: Die Zeit kommt, wo das Volk das Lügengewebe zerreißt, wo der Hunger den Betrogenen die Augen öffnet. Dann wird das Volk Rechenschaft fordern für die, die den Betrug und die hohen Ehren und Gehälter der Arbeiterführer mit Hunger büßen mußten.

Cato.

Streik der Bergarbeiter.

Halle, 20. Oktober. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirksleitung Halle, erläßt folgenden Aufruf:

An die Bergarbeiter Mitteldeutschlands!

Durch Schiedsspruch vom 19. Oktober ist den mitteldeutschen Bergarbeitern eine Lohnerhöhung von 300 Prozent zuerkannt worden. Weiter ist die geforderte Abänderung der Lohntafel, die die Lohnabstufungen verhindern sollte, zugunsten der Kameraden entschieden worden. Durch die abgelehnte Abänderung der Lohntafel erhalten große Teile der Kameradschaften eine Lohnzulage von nur weit unter 300 Prozent. Infolge der ungeheuren Teuerung, die stündlich wächst, muß die Lohnerhöhung als völlig unzureichend bezeichnet werden. Der zugestandene Lohn reicht selbst günstigenfalls nicht aus, um die Kameraden mit ihren Familien auch nur mit Brot und Margarine notdürftig zu versorgen. Die ungeheuren Fahrpreise zur Arbeitsstätte verschlingen allein schon ein Drittel des Lohnes. Der Verband der Bergarbeiter als führende Tariforganisation, der am Tarif für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau beteiligten Verbände, konnte unter den gegenwärtigen Dasiasverhältnissen der Bergarbeiter die Annahme dieser Zugeständnisse nicht empfehlen und lehnt sie ganz entschieden ab. Die Bergarbeiter Mitteldeutschlands haben durch übermenschliches Ausharren in bitteren Hungerwochen zu ihrem Teil ihre Neigung zu einer friedlichen Verständigung bewiesen. Nach den erfahrenen Enttäuschungen kann ihnen eine weitere abwartende Haltung nicht empfohlen werden, weshalb wir nunmehr, nachdem alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind, das letzte gewerkschaftliche Mittel als einzige Möglichkeit betrachten müssen, lebensexistenzmögliche Zugeständnisse zu erringen.

Nur ein einiges und geschlossenes Vorgehen unter der Führung des Bergarbeiterverbandes und der Tariforganisationen ist jetzt geboten, wozu wir die gesamten Bergarbeiter Mitteldeutschlands auffordern, geschlossen die Arbeit niederzulegen, strengste Disziplin zu üben und nur den Weisungen des Bergarbeiterverbandes und der Tariforganisationen Folge zu leisten. Notstandsarbeiten müssen unter allen Umständen verrichtet werden.

*

Am Tage der vielleicht folgenschwersten außenpolitischen Entscheidung seit Kriegsausbruch, das Aufgeben aller Verhandlungen mit Frankreich, in einer Zeit höchster wirtschaftlicher Not, in einer Zeit, wo die Grundfesten der deutschen Einheit schwanken, wird zu allem Ueberfluß durch diesen Streikbeschluß das halbtote mitteldeutsche Wirtschaftsleben lahm gelegt. Der Streikbeschluß bedeutet nichts mehr und nichts weniger, als daß die Bergarbeiter Mitteldeutschlands bereit sind, für Sowjetrußland die Kohlen aus dem Feuer zu holen und unsere kritische Ernährungslage zur Katastrophe zu machen. Der Streik ist kein wirtschaftlicher Streik trotz aller schönen Worte des Aufrufs. Er ist ein politischer Streik und seine Hintermänner sitzen im einst königlichen Sachsen. Von dort ist die Parole ausgegangen. Morgen wird im Borna-Meuselwitzer Revier beraten, ob der Schritt der hallischen Bergarbeiter durch Anschluß an die Bewegung aufgeheben werden soll. Es scheint uns mehr als zweifelhaft, ob die Bergarbeiter dem Beschluß ihrer Gewerkschaft zustimmen werden. Ihnen ist es bekannt, daß die wirtschaftliche Lage des Bergbaus im Augenblick so ist, daß jeder Unternehmer eigentlich froh sein müßte, für einige Zeit die Pforten zu schließen. Sie wissen, daß seit Wochen der Absatz bergbaulicher Produkte in gerade krisenhafter Weise stockt, und sie wissen auch, daß gerade wegen dieser Notlage ein Lohn, wie er von den Gewerkschaften gefordert wurde, nicht zu tragen ist, soll nicht darüber Industrie und Wirtschaft zusammenbrechen. Gewiß, der Lohn, der gezahlt werden müßte, ist in seiner Kaufkraft angesichts des Zusammenbruchs Deutschlands keineswegs den Vorkriegslöhnen entsprechend. Es ist aber nicht die Folge irgendwelcher Willkür, sondern das naturnotwendige Ergebnis einer falschen Lohnpolitik, die die Gewerkschaften seit fünf Jahren getrieben haben. Das Ergebnis der Aktion wird sein: Verschärfung der innerpolitischen Krisis und Tage und Wochen des Elends für die Bergarbeiter.

Um die Eisenbahnregie.

Katastrophale wirtschaftliche Lage im besetzten Gebiet.

Berlin, 20. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Auswärtige Blätter haben gemeldet, daß zwischen der deutschen und der französischen Regierung Verhandlungen über die Eisenbahnregie im besetzten Gebiet schwebten. Richtig ist daran nur das folgende:

Die französische Regierung hat von der deutschen gefordert, daß die von dem Besatzungskommando getroffenen Bestimmungen über die Eisenbahnregie bedingungslos angenommen werden müßten. Die deutsche Regierung hat dies Ansinnen abgelehnt. Damit ist jede Verhandlungsmöglichkeit zwischen Deutschland und Frankreich über die Regelung der Zustände im besetzten Gebiet erledigt. Die ungemein ernsten Konsequenzen dieses Zustandes müssen sich in der allernächsten Zeit in der Welt zeigen.

Köln, 20. Oktober. Die französisch-belgische Eisenbahnregie hat in der letzten Zeit eine Reihe von rheinischen Eisenbahnhauptwerkstätten französischen und belgischen Privatfirmen verpachtet. So wurde den Werkstättenarbeitern der Hauptwerkstatt Trier, als sie sich zum Wiederantritt melden wollten, eröffnet, daß die Werkstätte dem Straßburger Privatunternehmen Gravenstaden übergeben worden sei. Man nimmt an, daß in der Hauptsache französische und belgische Arbeitslose zur Einstellung gelangen werden. Die neue Werkstätte in Jülich ist an die Belgische Société anonyme de Cockerill, die Hauptwerkstätte Crefeld-Oppum an Schneider-Creuzot und die Werkstätte von Darmstadt einem Pariser Unternehmen übergeben worden.

Köln, 20. Oktober. Die „Rheinische Zeitung", das Hauptorgan der hiesigen V. S. P., schreibt: Im Laufe der gestrigen Kölner Stadtverordnetenversammlung habe man zum ersten Male von verantwortlicher Stelle erfahren, wie groß die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter allein im Stadtbezirk Köln ist. Neben den 80 000 voll Arbeitslosen stehen hunderttausend Kurzarbeiter. Das bedeutet, daß von 700 000 Einwohnern Kölns jeder dritte nicht mehr voll beschäftigt ist. Wir rufen, so sagt das Blatt, im Namen der Kölner Bevölkerung die Mächte der Entente an, mit der deutschen Regierung gegen diese entsetzliche Not anzukämpfen. Man möge in letzter Stunde von der Bedrückungs- und Gewaltpolitik absehen, um alles daran zu setzen, daß die Räder eines geordneten Willens wieder in Gang kommen.

*

Die deutschen Eisenbahner im Ruhrgebiet melden sich, wie wir aus dem Ruhrgebiet erfahren, in großer Zahl bei der Regieverwaltung. Im allgemeinen werden jedoch nur diejenigen angenommen, die im besetzten Gebiet geboren sind, auch wenn sie nicht dort ihren Wohnsitz haben; die Altersgrenze ist auf 50 Jahre festgesetzt und es werden im allgemeinen Zug-, Lokomotiv- und Bureaupersonal in erster Linie bevorzugt.

Frankreichs Hasallen.

Paris, 19. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Blätter beschränken sich bezüglich der Verhandlungen des Außenministers Benesch mit Poincaré auf nichtssagende amtliche Berichte. Im übrigen wird über diese Besprechungen strengstes Stillschweigen beobachtet. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Verhandlungen sich wenigstens teilweise

um einen von Frankreich zu gewährenden Kredit von 1200 Millionen Franken an die Kleine Entente gedreht haben. Hiervon hat Polen bereits seine 400 Millionen erhalten. In die restlichen 800 Millionen sollen sich Rumänien, Jugoslawien und die Tschechoslowakei teilen, und zwar soll Jugoslawien 300 Millionen erhalten, die übrigen 500 Millionen Rumänien und die Tschechoslowakei.

Diese Kredite dürfen natürlich nur zu Käufen in Frankreich verwandt werden. Es handelt sich dabei in erster Linie um Heereslieferungen und Eisenbahnmaterial. Benesch scheint aber, wie wir hören, durchaus nicht gewillt zu sein, sich unter Frankreichs völlige Abhängigkeit zu begeben, sondern versucht, sich wenigstens für die wirtschaftliche Unabhängigkeit seines Landes nach Kräften zu wehren.

Kohlenmißwirtschaft.

Verhandlungen vor dem Staatsrat.

Berlin, 20. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der preußische Staatsrat beschäftigte sich in seiner Sitzung am Freitag abend zunächst mit einem Antrag über die Behebung der Erwerbslosigkeit. Dem Staatsrat lag ferner eine förmliche Anfrage der Arbeitsgemeinschaft an die Staatsregierung vor, in der darauf hingewiesen wird, daß die Nachfrage nach Kohlen in den Bergwerksbezirken derartig nachgelassen habe, daß die Grubenverwaltungen genötigt waren, Feierschichten einzulegen. Die Haldenplätze seien derartig überfüllt, daß mit einer Vermehrung der Feierschichten zu rechnen sei. Entlassungen von Bergarbeitern seien schon die Folge gewesen. Andererseits beziehe die Reichsbahnverwaltung fortlaufend erhebliche Kohlenmengen aus dem Auslande. Der Staatsrat ersucht um Auskunft, warum der Kohlenbedarf der Reichsbetriebe nicht in höherem Maße von inländischen Bergwerken bezogen wird. Die Staatsregierung müsse mehr wie bisher bei der Reichsregierung darauf hinwirken, daß die Maßnahmen der Reichsregierung, insbesondere der Eisenbahntarifpolitik, den wirtschaftlichen Bedürfnissen des preußischen Staates Rechnung tragen. Geh. Kommerzienrat Klöckner befürwortete die in der Anfrage angeführten Mißstände.

Man wisse in Hamm tatsächlich nicht mehr, wo man die Kohlen lassen solle. Unverständlich sei es daher, daß die Eisenbahn, die sonst Hauptabnehmer sei, ihre Kohlen aus England beziehe.

Er habe am Mittwoch früh eine Besprechung mit dem Reichskanzler und dem Verkehrsminister gehabt. Der Verkehrsminister habe bei dieser Gelegenheit Mitteilungen gemacht, die eine Abänderung dieses Zustandes in Aussicht stellen. Ganz besonders wandte sich der Redner gegen den Reichskohlenkommissar, der alles verkehrt mache. Unsere Wirtschaft könne nicht gesunden, wenn eine vom Reich eingesetzte Behörde derartig unsinnig wirtschaftet wie das Reichskohlenkommissariat. In der Privatwirtschaft würde eine solche Behörde nicht 24 Stunden bestehen. Durch die Abschaffung des Reichskohlenkommissariats könne das Reich 600 Arbeitskräfte sparen. Reichs- und Staatskommissar Mehlich-Dortmund (Soz.) bezeichnete es als unerhört, wenn auch der Köln-Neussener Bergwerksverein Feierschichten einlege, der seine Kohle nach Holland liefere, also einen ständigen Abnehmer habe. Der Wirtschaft müsse besser auf die Finger gesehen werden. Zur Beratung stand dann der Vergleichsvorschlag des Verstehenden des Staatsgerichtshofes zur Beendigung des Rechtsstreites über die Zuständigkeit des preußischen Staatsrates.

*

Die Kosten der behördlichen Bewirtschaftung der Kohle stehen mit dem Bestreben, die Kohlenpreise tunlichst niedrig zu halten und dadurch mäßigend auf das allgemeine Preisniveau einzuwirken, in unlösbarem Widerspruch. Die Erfassung der Kohle liegt auf dem Reichskohlenkommissar nachgeordneten amtlichen Stellen ob. Im Reichskohlenverband, der für die Ausführung der Beschlüsse des Reichskohlenrates Sorge zu tragen hat, sind elf Syndikate zusammengefaßt, für die die Richtlinien und Bedingungen des Reichskohlenrates, eines sechzigköpfigen Gremiums, in dem alle an der Kohlenwirtschaft beteiligten Kreise, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Verbraucher, Händler, Sachverständige usw., vertreten sind, den Betätigungskreis bestimmen. Dazu kommen 26 Landeskohlenstellen mit gleichfalls weitgehenden Befugnissen und gegen 1500 Orts-, Bezirks- und Kreiskohlenstellen. Es liegt auf der Hand, daß bei einer solchen Fülle behördlicher Institutionen die vorkommenden Arbeiten und Obliegenheiten nicht einmal, sondern oft zwei- und dreimal geleistet werden. Vereinfachungen und Zusammenfassungen sind hier gewiß ohne Schädigung der Sache möglich; angesichts des unbedingt zu erreichenden Zieles, den Preis der heimischen Kohle unter dem Weltmarktpreis zu halten, werden sie zu zwingender Forderung.

Fortdauer der Berliner Teuerungskrawalle. Auch im Laufe des gestrigen Tages kam es an einigen Stellen Berlins, besonders in Neukölln, infolge der hohen Lebensmittelpreise zu Ansammlungen, die sich meist gegen Bäckereien richteten. In den meisten Fällen wurden Plünderungen durch die Polizei rechtzeitig verhütet.

Sächsisch-Sowjetrussischer Wirtschaftsvertrag? Die Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei teilt mit: Es sind wiederholt in der Oeffentlichkeit Zweifel aufgetaucht, ob nicht gegen den Abschluß eines wirtschaftlichen Vertrages zwischen Sachsen und Sowjetrußland staatsrechtliche Bedenken bestehen. Auf Anordnung des Herrn Ministerpräsidenten hat das Finanzministerium diese Frage geprüft und nach den ihm zur Verfügung stehenden Unterlagen sie verneint. Insbesondere aus Artikel 5 des sogenannten Rapallo-Vertrages (Reichsgesetzblatt 1922. II. S. 677) ist nicht zu entnehmen, was einem derartigen Vertragsabschluß entgegensteht.

„Hans Peter Kromm, der Lebendige"

Eine Geschichte von Ufer zu Ufer
von **Johanna Wolff.**

68. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Nur Hans Peter war offen und spendete sein Erkennen in so klarer und überzeugender Weise, daß allen Beteiligten die Ahnung aufging: das wissenschaftliche Nutengehen in rechten Händen hatte die Zukunft für sich.

Und wieder mußte Hans Peter den Leuten klar machen: die Rute an sich war nicht mit Kräften begabt, sie blieb Gerät, einerlei ob Hasel, Wacholder oder elektromagnetischer Draht ihren Bestand bildete. Kräfteerzeuger waren Erd- und Luftwellen, deren Strahlungen sich durch den strombeanlagten Menschen in Wirkung umsetzten.

Das Werkzeug, das Hans Peter sich geschaffen, war eine Art Uhr; wenn er umging, konnte er bei jedem seiner Schritte das Atmen des Bodens nachmessen und so die Verbindung mit den feinen Bodenschwingungen, die sich unsichtbar vollzogen, sichtlich erweisen und festlegen.

Hans Peter war nun so weit, den Schatz für sich selbst zu heben. Tag- und Nachtarbeit sollte daran gewandt werden, ihn ans Licht zu bringen. Bis er für die Sonnensiedlung den artesischen Brunnen fertigstellte, hatte er das Wasser in beinahe 150 Meter Tiefe durchaus rein und einwandsfrei gefunden, weder durch Oelgeruch noch -geschmack beeinträchtigt. Aber hier unten, hier in der Senkung — es war die Westseite der Hügelkuppe —, hier ließen die Beobachtungen, die schon der Knabe gemacht, dem Manne als geschlossener Kranz zusammen. Hier, wo in den Oberschichten das Himmelsgold geruht, mußte in den Tiefenanlagen die Mutterquelle für „Fließendes Licht" verborgen liegen. In Wälchen, das zwischen dem Werkplatz und der Sonnenmühle lag, hatte er an den Baumstämmen einen weißen Ausschlag bemerkt; da wußte er, daß in der Nähe ein größerer Salzstock liegen mußte, und er fand ihn auf dem Gelände des Grundbauern; einen noch größeren aber entdeckte er auf eigenem Gebiete, in der Nähe des Holderhauses.

Da kam frohe Gewißheit über ihn: der Boden mußte Oel führen! Der Kreis aller seiner Forschungen schloß sich um einen Herzpunkt zusammen: die Senkung!

Hier wurden Bohrtürme in Stellung gebracht und atemlos wurde geschafft. Ungeheure Spannung hielt allen Beteiligten und besonders ihm, dem Unternehmer, den Schlaf von den Augen. Auf nahezu 200 Meter Tiefe war man gekommen! Mit Aengsten untersuchte Hans Peter die Erdmischungen, die der Bohrer herausbrachte, endlich erschienen die bekannten Anzeichen — die Vorbereitungen zum Fassen einer Quelle wurden getroffen. Immer vorsichtiger schaffte man. Da durfte kein Feuer in der Nähe sein, kein zündender Funke. Hatte Andres Niklassen es nicht erlebt, daß einfach durch eine Lokomotive ein Brand entstanden, ein Lager nahezu ausgebrannt war? — Und in dieser Zeit durfte weniger denn je eine solche Gefahr gewagt werden. Scheu ängstlich sahen die Werkleute auf den Ingenieur, der von früh bis spät die Arbeit überwachte und auch Nachts auf dem Platz blieb, schon aus Besorgnis, die fremden Arbeiter könnten es an der nötigen Sorglichkeit fehlen lassen. Konnte man's den alten Leuten im Ort verdenken, wenn sie diesen Mann mit Kräften zusammenrachten, die nicht von dieser Welt? Ließ nicht die Mutter in ihren jungen Tagen das Moor mit einem Feuerpfiug aufreißen? Und sie hatten alle so etwas gehabt, die auf dem Sonnenhofe. Von jeher legten sie die Hand an Dinge, davon andere weit fortblieben. Wie hätte sich mit gewöhnlicher Menschenkraft dergleichen ausrichten lassen!

Hans Peter hatte guten Grund, auf dem Platz zu sein. „Ein Auge habe ich nur, und das muß ich offen halten," sagte er. Im kleinen Gerätehäuschen, wo er seine Werkzeuge aufbewahrte, machten sich eines Nachts zwei verdächtige Gestalten zu schaffen — sie entwichen, als der Wärter sich näherte. Aber was wollten sie? Ihm seine erarbeiteten Geheimnisse stehlen? Was er wußte, hätte er ihnen gern kundgegeben, wären sie zu ihm gekommen des Tages — —

Nun winkte ihm der Erfolg — hochauf schlug ihm das Herz: das Kopfstück, den Aufschuß der Quelle zu decken, wurde bereit gelegt, Ansatzröhren und Fässer waren gleichfalls vorhanden. Und dann brach dennoch unerwartet der Aufsprung aus der Tiefe — in hohem Bogen ein Strahl, Erde und Steine mit sich führend. Wie eine Wasserkunst war's, die unter allzu starkem Druck gehalten, nun sich frei auswirken konnte.

Erschrocken von der Gewalt dieser eingeschlossenen Macht, waren die Umstehenden zurückgefahren. Die Luft wurde mit scharfem Geruch gesättigt, „als hätte sich der Deubel die Nase geschneuzt," meinten die Arbeiter.

Dann faßten sie zu und legten dem ungeheuren Spritzer die Sicherung an. Aber es war kein Spritzer. Wie Hans Peter ausgerechnet hatte, war er ganz richtig an den Quellpunkt gestoßen, von dem aus die Sicherungen weithin versprengt sich schon seit Jahren bemerkbar gemacht hatten. Was in Rinnsalen bei Brunnenausschachtungen und im Ueberzug auf Gräben und Tümpeln zutage getreten, hier hatte es seinen Ursprung — hier war der Mutterpunkt — eine Oellagerstätte, so bedeutend, wie sie hier noch nicht entdeckt war. Dazu stellte man in der Untersuchung fest: das beste hellbrennende Leuchtöl, das bisher in der Gegend erschlossen.

Jetzt wurde Hans Peter ein genannter Mann

„Nun hat dir Mutter Erde zweimal einen Treffer in die Hände gespielt," sagte Andres Niklassen, „und ich bin zweimal auf 'ne Niete gestoßen, und das dritte hat mir der Brand verdorben. Uebrigens, auf dem Ulmenhorst hat sich's ebenfalls gezeigt, ist aber wieder weggedeckert, hatten schon kostspielige Anlagen dafür gemacht. Auch in Vorndorf sind sie ganz närrisch darüber geworden und verbohren viel schönes Geld; laufen sogar Rutengänger dort herum, aber was für welche! So wird wieder eine gute Sache durch unzulängliche Ausführung verdorben werden. — Sag mal," fragte Andres nachdenklich, „könntest du jetzt nicht einen tüchtigen Gehilfen gebrauchen? Wir haben da einen prächtigen Menschen, der Jahr und Tag beim Vater tätig gewesen ist; er möchte sich gern verändern. Jürgen Neuwerker heißt er. War auch bei der Besprechung, die du abgehalten hast, und ist völlig angetan von dir und deiner Art zu uns zurückgekommen."

„Den nehme ich auf der Stelle!" sagte Hans Peter entschieden, „ich habe ihn gesprochen, und er hat mir gefallen. Ich muß jetzt einen tüchtigen Techniker zur Seite haben."

„Neuwerker wird der richtige Mann für dich sein. Er hat selbständig ein paar gute Sachen für uns herausgefunden. Vater hatte vollkommenes Zutrauen zu ihm, auch als Mensch. Er hat Blick, auch für die Arbeiter."

Und Jürgen Neuwerker kam. Es galt nun, die Betriebe „Himmelsgold" und „Fließendes Licht" auf das vorteilhafteste zusammenzuschließen.

„Ich bin am Ziel!" sagte Hans Peter zu Hilde, da er nach Hause kam. „Meine Arbeiter haben sich wirklich brav gehalten, nun sollen sie aber auch ihren Anteil haben, und dich — dich will ich jetzt in Gold fassen, Schatz! Was wünschest du dir Schönes, sag'! Mein erster Verdienst am „Fließenden" Licht soll für dich angelegt werden. Wirklich, du hast viel Geduld haben müssen diese letzte Zeit."

Hilde leuzte ein bißchen. „Gut, daß du's wenigstens einsiehst, Mann! Ja, ich habe allzu wenig von dir gehabt und sehe auch jetzt kein Ende ab. Was nützt es mir, daß ich einen klugen und guten Mann habe, wenn er doch nie zu Hause ist? In aller Herrgottsfrühe wandert du fort und kommst abends todmüde zurück, oder du kommst gar nicht, und ich muß mich die Nächte durch um dich ängsten. Es ist grade, als wärst du weit weg von den Kindern und mir." Sie hatte Tränen in den Augen und barg den Kopf an seiner Schulter. (Forts. folgt.)

*

Es zogen drei Burschen wohl über den Rhein.

Der neue Roman von Erica Grupe-Lörcher.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19231020019/fragment/page=0002